



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. September 1990
10. Jahrgang, S. 178 – 207
ISSN 0177-1868

9

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	178
Haftung des Treuhänders	179
– Prüfungspflichten des Treuhänder-Steuerberaters	
– Verjährung des Schadenersatzanspruchs	
– Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB	
(BGH Ur.t.v. 5.7.1990 – VII ZR 26/89)	
Haftung des Rechtsanwalts	185
– bei gleichzeitigem Notarfehler	
(BGH Ur.t.v. 10.5.1990 – IX ZR 113/89)	
Anlageberatung des Steuerberaters	192
– Vermittlungsprovision	
– Schadenersatz	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 3.5.1990 – 18 U 254/89)	
Haftung des Steuerberaters	198
– Beratung über sozialversicherungsrechtliche Fragen	
– Unfallversicherungsschutz, Berufsgenossenschaft	
(OLG Köln Ur.t.v. 9.3.1985 – 5 U 111/88)	
Haftung des Notars	200
– Baulastenverzeichnis	
– Belehrungspflichten	
(Schleswig-Holsteinisches OLG Ur.t.v. 11.1.1990 – 11 U 109/88)	
GI Hinweis	203

GI Leitsätze

Überörtliche Anwaltssozietät

1. Notwendige Voraussetzung für eine Gesellschaft in Form einer – grundsätzlich mit den §§ 18, 27, 28 BRAO zu vereinbarenden – überörtlichen Sozietät ist nur, daß sich mindestens zwei Personen gegenseitig verpflichten, die Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wie eine wechselseitige Mandatsbetreuung, zu fördern.
2. Im übrigen sind die an eine überörtliche Sozietät zu stellenden Anforderungen nicht höher anzusetzen als bei einer örtlichen Sozietät, zumal die grundsätzlich anwendbaren Regelungen über die BGB-Gesellschaft abdingbar sind. Es reicht aus, daß die eingehenden Mandate als solche von der überörtlichen Sozietät behandelt, die eingehenden Honorare auf gemeinsamen Kanzleikonten verbucht werden, also die gemeinschaftliche Entgegennahme von Aufträgen und Entgelten sowie eine Kollisionsüberwachung erfolgt, und Prozeßmandate von den am jeweiligen Gerichtsstand zugelassenen Anwälten bearbeitet werden.

(OLG München Urt.v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89 (n. rkr.) – EWIR § 28 BRAO 1/90, 573 (Kleine-Cosack) = DB 1990, 984 = BB 1990, 875)

Personalanzeigen für Mandanten/Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit

1. Die Vermittlung von Arbeitskräften durch Steuerberater mittels Aufgabe von Zeitungsanzeigen, Sichtung des Bewerbungsmaterials sowie die Führung von Vorgesprächen und abschließenden Bewerbungsgesprächen für seine Mandanten verstößt gegen das Arbeitsplatzvermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit und damit gegen die Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung des Steuerberaters.
2. Die Veröffentlichung von Stellenanzeigen für Mandanten unter dem Namen des Steuerberaters ist ein Verstoß gegen das Verbot berufswidriger Werbung, auch wenn die Berufsbezeichnung nicht mitveröffentlicht wird.

(LG Münster Beschl.v. 15. 11. 1989 – 7a StL 11/89, StB 1990, 238)

Verpachtung der Einzelpraxis an eine Steuerberatungs-GmbH

Verpachtet der Inhaber einer Steuerberatungskanzlei diese an eine Steuerberatungs-GmbH, die er nunmehr als (Gesellschafter-) Geschäftsführer gegenüber der Mandantschaft vertritt, so stellen die ihm auf den Praxiswert zugewendeten Pachtzinsen keine Betriebsausgaben, sondern verdeckte Gewinnausschüttungen dar.

(BFH Urt.v. 28. 2. 1990, I R 144/87, DStR 1990, 421)

Haftung des Treuhänders

- Prüfungspflichten des Treuhänder-Steuerberaters
 - Verjährung des Schadenersatzanspruchs
 - Verkürzung der Verjährungsfrist in AGB
- (BGH Urt.v. 5.7.1990 – VII ZR 26/89)

Leitsätze:

1. Ein Treuhänder, der im Rahmen des Bauherrenmodells Erklärungen zur Bildung und zum Erwerb von Eigentumswohnungen als Vertreter des Bauherrn abgibt, muß prüfen, ob die Wohnung vom Veräußerungsvertrag abweichende öffentlich-rechtliche Nutzungsbeschränkungen aufweist (im Anschluß an Senatsurteil v. 24.11.1988 – VII ZR 222/87 = BauR 1989, 219 = ZfBR 1989, 58).
2. Ein Steuerberater, der im Bauherrenmodell als Treuhänder tätig ist, muß auf begangene Pflichtverletzungen und auf die laufende Verjährungsfrist hinweisen.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Treuhänder hat wegen der beruflichen Qualifikation als Steuerberater bautechnischen und planerischen Fragen nur bei hinreichendem Anlaß nachzugehen (Beispiel: Schallschutz, Wärmeschutz, Heizung, Lüftung, Sicherheitsvorschriften).
2. Hat der Steuerberater für einen bestimmten vertragsrechtlich-juristischen Bereich Kompetenz beansprucht, so hat er dafür einzustehen.
3. Die Abkürzung der gesetzlichen Verjährungsfrist für Schadenersatzansprüche gem. § 68 StBerG ist in Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht möglich.
4. Der Steuerberater verletzt schuldhaft die Pflicht zur Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten, wenn es einem sorgfältig arbeitenden Berufskollegen sich hätte aufdrängen müssen, einen zur Schadenentstehung führenden Fehler gemacht zu haben.
5. Ist ein Schaden entstanden und daneben weiterer Schaden zu erwarten, so ist die Feststellungsklage – allein oder neben einer Leistungsklage – zulässig.

Tatbestand:

Die Beklagten sind zur Errichtung von Eigentumswohnungen im Rahmen eines „Bauherrenmodells“ von den Klägern zu Treuhändern bestellt worden. Die Kläger begehren von ihnen Schadenersatz wegen Verletzung von Treuhänderpflichten.

Nach den notariell beurkundeten Verträgen vom 16./17. bzw. vom 15./23. Dezember 1981 sollte der Kläger zu 1) die Wohnung Nr. 16, die Klägerin zu 2) die Wohnung Nr. 4, jeweils nach Maßgabe der Anlage des Angebots, als „Bauherren“ errichten und erwerben.

Nach den insoweit übereinstimmenden Treuhandverträgen waren die Beklagten als Treuhänder berechtigt und verpflichtet, „...alle im Zusammenhang mit der Errichtung, Verwaltung und Vermietung des ...Bauvorhabens sich ergebenden Rechte und Pflichten als Treuhänder wahrzunehmen...“ und dabei „...nach pflichtgemäßem Ermessen alle von dem Baubetreuer vorbereiteten Handlungen und Rechtsgeschäfte gegenüber den Behörden und Dritten im fremden Namen wahrzunehmen, die der Baubetreuer zur Durchführung der... Baumaßnahme erforderlich hält.“ Dabei sollte das neben den im Vertrag erwähnten auch „für solche Handlungen gelten, die nicht ausdrücklich erwähnt worden sind...“ Außerdem waren die Treuhänder u. a. auch bevollmächtigt, alle zur „Aufteilung in Bruchteilseigentum notwendigen Rechtsgeschäfte vorzunehmen“. § 7 des Vertrags beschränkt die Haftung des Treuhänders auf grobe Fahrlässigkeit und auf subsidiäre Schadenersatzverpflichtung. Er enthält ferner eine Verjährungsregelung mit einer Verjährungsfrist von 12 Monaten.

Die vertraglich in Bezug genommene Anlage zu den Treuhandverträgen weist Angaben über die Nutzung der Räume aus. Danach sind sämtliche Räume für Wohnung und Arbeit zu nutzen, nur im Untergeschoß der Wohnung 4 ist neben einem Schlafraum ein Abstellraum angegeben.

Die vom Architekten zur Genehmigung eingereichte Planung wich hiervon erheblich ab. Dort sind in erheblichem Umfang anstelle der vertraglich vorgesehenen Wohnräume Abstell- und Kellerräume ausgewiesen. Der in dieser Weise dann auch baurechtlich genehmigten Planung entsprechen die Abgeschlossenheitsbescheinigung und auch die von den Beklagten als Bevollmächtigten erklärte Teilungsvereinbarung nach WEG.

In der Abweichung der baurechtlich genehmigten und dann tatsächlich verwirklichten von der vertraglich vorgesehenen Nutzbarkeit als Wohnung sehen die Kläger einen Schaden, für den sie die Beklagten verantwortlich machen.

Im vorliegenden Rechtsstreit haben die Kläger in erster Instanz neben Feststellung der Ersatzverpflichtung für weitere Schäden die Rückzahlung des Kaufpreises gegen Übertragung der Wohnungen, und zwar der Kläger zu I) 145.343 DM, die Klägerin zu II) 170.620 DM, jeweils zuzüglich Zinsen, begehrt. In zweiter Instanz haben sie diese Ansprüche nur hilfsweise geltend gemacht und hauptsächlich neben Schadenersatz von je 21.801 DM Freistellung von den im Zuge des Erwerbs der Wohnungen geschlossenen Verträgen verlangt, sowie schließlich Feststellung der Verpflichtung zum Ersatz weiterer Schäden.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht hat die Berufung der Kläger zurückgewiesen. Hiergegen wendet sich die – angenommene – Revision der Kläger.

Entscheidungsgründe:

Nach Auffassung des Berufungsgerichts haben die Beklagten ihre Pflichten als Treuhänder nicht schuldhaft verletzt. Der konkrete Umfang des für den Treuhänder maßgeblichen Pflichtenkreises ergebe sich vor allem aus der konkreten Vertragsgestaltung. Hier hätten die Treuhänder in erster Linie die Aufgabe gehabt, durch Vertragsschluß mit Sonderfachleuten die Erstellung der Wohnungen zu ermöglichen und zu sichern. Insofern seien sie primär lediglich verpflichtet gewesen, bei Auswahl und Auftragsvergabe sowie bei der Vertragsgestaltung die gebotene Sorgfalt walten zu lassen. Pflichtverletzungen bei der Wahrnehmung dieses Aufgabenbereichs machten die Kläger nicht geltend.

Eigene Planungsaufgaben oder Aufgaben im bautechnischen Bereich hätten die Beklagten als Treuhänder nicht übernommen. Schon wegen ihrer beruflichen Qualifikation als Steuerberater sei es ihnen auch nur beschränkt möglich, im planerischen und bautechnischen Bereich kontrollierend einzugreifen. Freilich müsse der als Treuhänder eingeschaltete Steuerberater auch in diesem Bereich tätig werden, wenn er im konkreten Einzelfall Fehlentwicklungen beobachte.

Bei Anwendung dieser Grundsätze ergebe sich für den vorliegenden Fall, daß den Beklagten hinsichtlich des Baugenehmigungsverfahrens kein Vorwurf gemacht werden könne. Insofern hätten die ordnungsgemäß damit beauftragten Architekten eigenverantwortlich zu handeln gehabt. Für die Beklagten hätten sich in diesem Stadium keine Anhaltspunkte für Kontrollmaßnahmen ergeben müssen. Auch im Zusammenhang mit der Teilungserklärung, die die Beklagten selbst abgegeben haben, könne ihnen kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie die vertraglich vorgesehenen Nutzungsangaben nicht mit den Abweichungen der

Genehmigungsplanung verglichen und die Beschränkungen der Nutzung nicht erkannt hätten.

Unter diesen Umständen komme es auf die Frage der Wirksamkeit der vertraglichen Verjährungsregelung sowie auf die sonst etwa gegebene Verjährung nach dem Steuerberatergesetz nicht an. Im übrigen sei der Sachvortrag der Kläger auch zur Schadenentstehung nicht hinreichend substantiiert. Ein Anspruch auf völlige Rückabwicklung der Verträge schließlich sei nicht schlüssig dargetan.

Hiergegen wendet sich die Revision der Kläger mit Erfolg.

- I. 1. Dem Berufungsgericht ist darin zu folgen, daß die **Beklagten sich um technische Fragen der Planungen und der Baugenehmigung nur bei hinreichendem Anlaß zu kümmern hatten**. Das gilt grundsätzlich auch für die technischen Grundlagen der Baugenehmigung und des Aufteilungsplanes, auf denen die von ihnen abgegebene Teilungserklärung aufbaut, etwa Schallschutz, Wärmeschutz, Heizung und Lüftung sowie die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften. Darum geht es hier jedoch, was das Berufungsgericht verkennt, nicht.
2. Die Beklagten haben vielmehr hier unter Verletzung eigener Prüfungspflichten zulasten der Kläger als deren Bevollmächtigte Wohnungseigentum begründet, das von vornherein hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten nicht dem Erfüllungsanspruch der Beklagten entsprach.
 - a) Nach der Rechtsprechung des Senats ist **eine von der vertraglichen Leistungsverpflichtung abweichende Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten durch öffentlich-rechtliche Nutzungsbeschränkungen ein nicht behebbarer Sachmangel**, der im Verhältnis von Erwerber und Veräußerer zur Wandlung berechtigt. Das hat der Senat in einem Fall entschieden, in dem aus planungsrechtlichen Gründen statt der vertraglich geschuldeten gewerblichen Nutzung lediglich eine „wohnähnliche“ gewerbliche Nutzung zugelassen war (Senatsurt.v. 24.11.1988 – VII ZR 222/87 = BauR 1989, 219 = ZfBR 1989, 58 = BB 1989, 520).

Für die hier vorliegenden Abweichungen der vertraglich vorgesehenen von der baurechtlich genehmigten Nutzbarkeit gilt nichts anderes. Die von den Klägern erworbenen Wohnungen sind somit wegen ungünstiger Abweichung von der vertraglich geschuldeten Beschaffenheit mit erheblichen Mängeln behaftet.
 - b) **Als Treuhänder der Kläger durften die Beklagten unter keinen Umständen Wohnungseigentum mit solchen Mängeln begründen.**

Sie waren vielmehr bei der ihnen gebotenen Wahrung der Interessen der Kläger gehalten, eine Teilungserklärung oder Teilungsvereinbarung zu diesen, das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung empfindlich störenden Bedingungen zu verweigern.

Es war auch die **eigene Verpflichtung der Beklagten zu kontrollieren, ob der Begründung des vertraglich geschuldeten Wohnungseigentums für die Kläger Hindernisse der hier vorliegenden Art entgegenstanden.** Das hatten sie zu prüfen, denn es ging dabei nicht um die **technische Mängelfreiheit**, sondern um die **wegen rechtlicher Beschränkungen fehlende Übereinstimmung von veräußertem und als Erfüllung geliefertem Wohnungseigentum.** Für diesen **vertragsrechtlich-juristischen Bereich** haben die Beklagten im Rahmen der bestehenden Vertragsbeziehungen **eigene Kompetenz jedenfalls beansprucht und dafür auch selbst einzustehen.**

- c) Daß mit Beschränkungen der hier vorliegenden Art zu rechnen und auf sie zu achten ist, gehört zu dem Grundwissen, das von einem beruflich in diesem Bereich Tätigen zu erwarten ist. Wenn somit die Beklagten, wie sie vortragen, die Abweichungen nicht bemerkt haben, so kann das nur auf bewußt pflichtwidrig nachlässiger Prüfung oder darauf beruhen, daß sie sich ohne die im Verkehr erforderliche fachliche Kompetenz in einem Wirtschaftsbereich betätigt und damit die im Verkehr erforderliche Sorgfalt gröblich verletzt haben.
 - d) Da sie für die Kläger als die vertraglich geschuldete Leistung die „mangelhaften“ Eigentumswohnungen erworben haben, schulden die Beklagten den Klägern Schadenersatz wegen schuldhafter Verletzung des Treuhandvertrages.
- II. 1. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts sind die Vertragsbestimmungen, um die es hier geht, für das gesamte Bauvorhaben einheitlich den Erwerbern gegenüber verwendet worden. Es handelt sich bei ihnen somit auch dann um Allgemeine Geschäftsbedingungen im Sinne von §1 Abs. 1 AGBG, wenn sie lediglich für das hier vorliegende Bauvorhaben bestimmt gewesen sein sollten (vgl. Senatsurteil NJW 1985, 852).
2. Die **Haftungsbeschränkung** in §7 des Treuhandvertrages ist, soweit sie zusätzlich zur **Beschränkung auf grobe Fahrlässigkeit nur eine subsidiäre sowie der Art und Höhe nach beschränkte Haftung des Treuhänders vorsieht**, gemäß §11 Nr. 7 AGBG unwirksam. Da den Beklagten hier jedenfalls grobe Fahrlässigkeit vorzuwerfen ist, kommt es im vorliegenden Fall auf Weiteres nicht an.

3. Nach der Rechtsprechung des Senats können die Beklagten in Allgemeinen Geschäftsbedingungen die Verjährung ihrer Haftung aus Tätigkeiten, die – wie hier – im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit als Steuerberater stehen, zum Nachteil ihrer Vertragspartner nicht abweichend von der gesetzlichen Verjährung regeln. Soweit die Beklagten für ihre Haftung abweichend von der gesetzlichen Regelung des § 68 StBerG die Verjährung von Ansprüchen verkürzt haben, ist das unwirksam (BGH GI 1986, 45 = EWiR § 9 AGBG 6/86, 319 [Gräfe] = NJW 1986, 1171, 1172; vgl. auch Kürschner, ZfBR 1988, 2, 61).

Unter Zugrundelegung der sonach geltenden dreijährigen Verjährung sind die Ansprüche der Kläger jedenfalls nicht verjährt, weil **die Beklagten es versäumt haben, die Kläger über ihr Fehlverhalten rechtzeitig und vollständig aufzuklären.** Ähnlich wie ein Architekt (vgl. hierzu BGHZ 92, 251, 258 f.; BGH Ur.v. 26.9.1985 – VII ZR 50/84 = BauR 1986, 112 = ZfBR 1986, 17 m.w.N.) waren sie aus dem besonderen Vertrauensverhältnis, das durch den Treuhandvertrag begründet wird, hierzu gehalten. Dabei hatten sie nicht nur auf den Fehler, sondern auch auf die für den Schadenersatzanspruch geltende Verjährungsfrist hinzuweisen (BGH GI 1986, 27 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 [Gräfe] = BGHZ 96, 290, 298; BGH GI 11/82 = NJW 1982, 1532, 1533). Es kann sie in diesem Zusammenhang nicht entlasten, daß sie, wie sie vortragen, von den Versäumnissen erst 1987 erfahren haben wollen. **Darauf, daß ihnen ihr Fehlverhalten möglicherweise nicht bewußt geworden ist, kommt es nicht an. Bei der objektiv gebotenen Sorgfalt (§ 276 BGB) wäre ihnen der Fehler nicht verborgen geblieben, und das reicht aus.** Denn die Voraussetzungen für einen „Sekundäranspruch“ sind im allgemeinen erfüllt, wenn es sich einem sorgfältig arbeitenden Treuhänder aufdrängen mußte, einen zur Schadenentstehung führenden Fehler gemacht zu haben (vgl. – für Rechtsanwalt – BGH GI 19/85 = NJW 1985, 1151, 1152).

- III. Die vom Berufungsgericht hilfsweise herangezogenen Bedenken gegen Substantiierung und Schlüssigkeit der geltend gemachten Schadenersatzforderungen sind nicht begründet. Sie beruhen auf der unzutreffenden Annahme, den Beklagten sei als Vertragsverletzung allenfalls die Verletzung von Hinweispflichten vorzuwerfen. Darum geht es hier aber nicht.

Wie dargestellt, hätten die Beklagten bei pflichtgemäßem Verhalten die Abwicklung des Erwerbs der Eigentumswohnungen zu den vorliegenden Bedingungen ganz verweigern und damit die daraus sich

ergebenden Zahlungsverpflichtungen verhindern müssen. Alsdann hätten sie die Entscheidung der Kläger darüber einholen müssen, ob sie im Hinblick auf den Umstand, daß ihnen ein mangelfreier Vertragsgegenstand nicht geliefert werden konnte, aus dem Vertragsverhältnis ausscheiden oder es zu veränderten Zahlungsverpflichtungen fortsetzen wollten.

Der aus dieser Pflichtverletzung herrührende Schaden sind grundsätzlich die Verbindlichkeiten, die zu Lasten der Kläger infolge der Pflichtwidrigkeit begründet worden sind. Von diesen wollen die Kläger nach den Haupt- und Hilfsanträgen im wesentlichen freigestellt werden. Die Kläger haben somit eine Beziehung zwischen der geltend gemachten Pflichtverletzung und dem daraus hergeleiteten Schaden hinreichend dargetan.

Auch die vom Berufungsgericht geltend gemachten Bedenken gegen die Zulässigkeit der Feststellungsanträge kann der Senat nicht teilen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist, **wenn neben einem entstandenen Schaden die Entstehung weiteren Schadens noch zu erwarten ist, die Feststellungsklage – allein oder neben einer Leistungsklage – zulässig** (BGHZ 61, 28, 31; 101, 369, 371; BGH Urt.v. 2. 4. 1968 – VI ZR 156/66 = VersR 1968, 648). Nach den Umständen des Falles sind weitere, jetzt noch nicht berechenbare Schäden ernsthaft möglich. Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Rückabwicklung sind derzeit für die Kläger nicht überschaubar.

Haftung des Rechtsanwaltes

– bei gleichzeitigem Notarfehler

(BGH Urt.v. 10. 5. 1990 – IX ZR 113/89)

Leitsatz:

Verschuldet ein Rechtsanwalt durch fehlerhafte Beratung, daß sein Mandant einen ungünstigen notariellen Vertrag schließt, so entfällt die Haftung des Rechtsanwaltes nicht deswegen, weil der beurkundende Notar den ihm erkennbaren Fehler bei der Beurkundung nicht berichtigt.

Aus den Gründen:

1. Das Berufungsgericht stellt fest, daß der Beklagte mit der Klägerin einen Anwaltsvertrag geschlossen hat, der die Vorbereitung und Abwicklung des Grundstücksverkaufs einschließlich der Abklärung der

Tragweite des Wohnungsbesetzungsrechts zum Gegenstand hatte. Es nimmt an, der Beklagte habe seine Pflicht zur umfassenden, fachlich zutreffenden Beratung der Klägerin aus dem Anwaltsvertrage fahrlässig verletzt, weil seine Auskunft, das Wohnungsbesetzungsrecht habe keine Mietpreisbindung zur Folge, gemäß § 87a II. WoBauG unzutreffend gewesen sei. Das wird von der Revision als ihr günstig hingenommen und läßt Rechtsfehler auch nicht erkennen. Die Ansicht der Revisionserwiderung, der Beklagte habe als Notar gehandelt, ist mit diesen Feststellungen nicht vereinbar.

Das Oberlandesgericht meint jedoch, durch die unrichtige Auskunft sei der Klägerin kein Schaden entstanden, der dem Beklagten zuzurechnen sei. Alle mit der Klage geltend gemachten Schadenpositionen beruhten darauf, daß die Klägerin den notariellen Kaufvertrag vom 20.6.1984 mit der Firma R. abgeschlossen habe. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Auskunft des Beklagten und dem Abschluß dieses Kaufvertrages sei „durch das ungewöhnlich grobe Fehlverhalten des den Vertrag entwerfenden und beurkundenden Notarvertreters Dr. S. unterbrochen worden“. Dieser habe die Mietpreisbindung ebenfalls erkennen müssen; und seine Pflichtverletzung wiege wegen der Funktion eines Notars ungleich schwerer als die des beklagten Rechtsanwalts, der inhaltlich den gleichen Fehler gemacht habe.

2. Damit hat das Berufungsgericht, wie die Revision zutreffend rügt, sowohl die Rechtsgrundsätze über die Schadenzurechnung verkannt als auch den Verantwortungsbereich des beratenden Rechtsanwalts rechtsirrig zu Lasten des Notars eingeschränkt.

Der ursächliche Zusammenhang im logischen Sinne zwischen der Vertragsverletzung des Beklagten und dem Schaden der Klägerin, der durch Abschluß des Kaufvertrages mit der Firma R. eingetreten ist, liegt auch nach der Auffassung des Berufungsgerichts vor. Es geht davon aus, daß die Klägerin den Kaufvertrag mit der Firma R. nicht abgeschlossen hätte, wenn der Beklagte zutreffend auf die bis 1990 geltende Mietpreisbindung hingewiesen hätte. Dieser Ansatz ist richtig. **Im Falle der schuldhaften Verletzung seiner Vertragspflichten ist der Rechtsanwalt verpflichtet, seinen Mandanten so zu stellen, wie dieser bei pflichtgemäßem Anwaltsverhalten gestanden hätte** (BGHZ 96, 352, 354; Senatsurt.v. 20.11.1984 – IX ZR 9/84, WM 1985, 203, 204; v. 17.3.1988 – IX ZR 43/87, NJW 1988, 2880, 2881 unter 2 c), hier also, wie wenn der Beklagte die an ihn gerichtete Rechtsfrage zutreffend beantwortet hätte.

Dann hätte auch kein Anlaß zum Abschluß der Nachtragsvereinbarung vom 14.9.1984 und des Aufhebungsvertrages vom 24.5.1985 – der die Schadenersatzzahlung der Klägerin von 440.000 DM vorsah – bestanden. Die durch diese Vereinbarungen unmittelbar angefallenen Kosten wären ebensowenig veranlaßt worden wie die Kosten für die Eintragung der Vormerkung.

Der Abschluß des Kaufvertrages stellt weiter eine „adäquate“ Folge der vom Beklagten erteilten unrichtigen Auskunft dar. Ein adäquater Zusammenhang besteht, wenn eine Tatsache im allgemeinen und nicht nur unter besonders eigenartigen, ganz unwahrscheinlichen und nach dem regelmäßigen Verlauf der Dinge außer Betracht zu lassenden Umständen zur Herbeiführung eines Erfolges geeignet war (vgl. BGHZ 3, 261, 266 ff; 7, 198, 204). **Es liegt nicht außerhalb aller Wahrscheinlichkeit, daß ein Notar bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages Einzelheiten der öffentlich-rechtlichen Mietpreisbindung nicht zutreffend berücksichtigt.** Erst recht kann ein solches Versehen gerade dadurch gefördert werden, daß zuvor der Rechtsberater eines der Vertragspartner – wie hier der Beklagte – gegenüber dem Notar das Fehlen einer derartigen Bindung begründet. Denn es kommt nicht ganz selten vor, daß sich sogar verantwortungsbewußte Rechtskundige auf ihnen plausibel erscheinende Vorbeurteilungen verlassen und deswegen nicht weiter nachforschen.

Adäquat durch die Vertragsverletzung des Beklagten verursacht war auch der Abschluß der Nachtragsvereinbarung vom 14.9.1984. Zwar ist es dem Schädiger nicht zuzurechnen, wenn der Geschädigte selbst in ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt. **Diese Voraussetzung liegt aber nicht vor, wenn für die Zweithandlung des Geschädigten ein rechtfertigender Anlaß bestand oder diese durch das haftungsbegründende Ereignis herausgefordert wurde und eine nicht ungewöhnliche Reaktion auf jenes Ereignis darstellt** (vgl. BGHZ 57, 25, 28; 63, 189, 191 f; Senatsurt.v. 29.10.1987 – IX ZR 181/86, NJW 1988, 1143, 1145 unter 2 a bb; v. 7.1.1988 – IX ZR 7/87, NJW 1988, 1262, 1263).

So liegen die Dinge hier. Durch die unzutreffende rechtliche Beratung des Beklagten war die Klägerin in die Lage geraten, ihren Kaufpreisanspruch gegen die Firma R. möglicherweise nicht durchsetzen zu können. Denn solange die Klägerin das Grundstück nicht mit der zugesicherten Eigenschaft der Mietpreisfreiheit anzubieten vermochte, durfte die Firma R. die Zahlung gemäß §§ 440 Abs. 1, 320 BGB verweigern. Dem stand, anders als der Beklagte meint, nicht § 320 Abs. 2 BGB entgegen. Eine Leistungsverweigerung der Firma R. mußte den Kaufpreisanspruch der Klägerin

nämlich nicht endgültig vereiteln. Es mag schon zweifelhaft sein, ob die Leistungsverzögerung bis Ende Januar 1990, die von der Käuferin äußerstenfalls hätte erzwungen werden können, einer endgültigen Vereitelung des Kaufpreisanspruchs gleichgestellt werden kann. Jedenfalls blieb der Klägerin die rechtlich und tatsächliche Möglichkeit, das Land H. – gegebenenfalls durch Angebot ausreichender Abstandsleistungen – zum Verzicht auf das Belegungsrecht zu veranlassen. Deshalb war der Vertrag, entgegen den Bedenken des Beklagten, auch nicht auf eine unmögliche Leistung im Sinne von § 306 BGB gerichtet. Zugleich trifft die Auffassung des Berufungsgerichts nicht zu, die Klägerin hätte Anfang September 1984 noch einseitig den Vertrag auflösen können. Ein solches Gestaltungsrecht hätte vorausgesetzt, daß die Klägerin ihrerseits zur vertragsgerechten Leistung in der Lage gewesen wäre. Daran änderte die Nachtragsvereinbarung nur insoweit etwas, als die bisherigen Voraussetzungen für das Leistungsverweigerungsrecht der Firma R. künftig bereits die Fälligkeit des Kaufpreisanspruchs selbst hinausschoben. Dafür erhielt die Klägerin die Möglichkeit, den Stillstand in den beiderseitigen Vertragsbeziehungen zu überwinden und den Kaufpreis fällig zu stellen, wenn sie es erreichte, die in Nr. 2 der Nachtragsvereinbarung genannte Notarbestätigung zu erlangen. Für diesen Fall bot der neue Vertrag der Klägerin insoweit nur Vorteile.

Allerdings mochte es schon von Anfang an nicht als sicher erscheinen, ob der Beklagte in seiner Eigenschaft als Notar die Bestätigung darüber ausstellen würde, daß das Wohnungsbesetzungsrecht keine Mietzinsbindungen zur Folge habe. Ausgeschlossen war das aber nicht. Denn über § 20 Abs. 1 Satz 2 BNotO hinaus kann der Notar gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 BNotO auch schriftliche gutachtliche Erklärungen abgeben, die nicht nur auf eigenen Wahrnehmungen des Notars beruhen, sondern zugleich Rechtsauskünfte enthalten (BayObLG DNotZ 1971, 249, 252; Arndt aaO § 24 Anm. II 2.2; Seybold/Hornig, BNotO 5. Aufl. § 24 Rdn. 18–20; Reithmann DNotZ 1974, 6, 14). Da der Beklagte über diese Frage Verhandlungen mit dem Kultusminister des Landes H. und dem Regierungspräsidenten in D. geführt hatte, lag es nicht völlig fern, daß er hierdurch auch eigene Tatsachenkenntnisse als Grundlage für eine gutachtliche Äußerung erlangt hatte. Jedenfalls war eine solche Vertragsgestaltung dann vertretbar, nachdem der Beklagte als derjenige, der die Bescheinigung ausstellen sollte, auf telefonische Rückfrage nicht widersprochen hatte. Die Klägerin durfte sich deshalb herausgefordert fühlen, auf diesem Wege eine scheinbar leichter zu verwirklichende Lösung der aufgetretenen Probleme zu suchen. Wenn der ausgehandelte Vertrag dieses Ziel letztlich nicht erreichte, liegt die Verantwortung dafür allenfalls in ganz untergeordnetem Maße bei der nicht rechtskundigen Klägerin.

Endlich stellt es eine adäquate Schadenfolge dar, daß die Klägerin den Aufhebungsvertrag vom 24.5.1985 abschloß. Sie hatte das Grundstück erstanden, um es kurzfristig mit Gewinn weiterveräußern zu können. Durch die Verträge vom 20.6. und 14.9.1984 mit der Firma R. war sie hingegen bis Ende Januar 1990 rechtlich gehindert, die Substanz des Grundstücks voll auszunutzen. Mit einer anderweitigen Veräußerung ohne Aufhebungsvertrag wäre sie gegenüber der Firma R. vertragsbrüchig geworden. Während der ganzen Zeit hatte sie die Grundsuldzinsen zu tragen. Nach dem tatsächlichen Vorbringen der Klägerin – welches das Berufungsgericht als richtig unterstellt – kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Klägerin sich wegen Zahlungsunfähigkeit der Käuferin alsbald und folgenlos vom Vertrage hätte lösen können. Denn die Klägerin behauptet, die Finanzierungsschwierigkeiten der Firma R. hätten gerade darauf beruht, daß die Bank wegen der möglichen Mietpreisbindung Finanzierungs- und Abwicklungsprobleme befürchtet habe. Den späteren Konkurs der Firma R. konnte die Klägerin im Mai 1985, soweit dargetan, nicht voraussehen. Sie durfte sich deshalb herausgefordert fühlen, die für sie nachteilige Bindung an die Firma R. auch um den Preis einer höheren Abstandszahlung zu lösen. Der Beklagte trägt selbst nicht vor, daß die Firma R. etwa bereit gewesen wäre, die Klägerin gegebenenfalls gegen eine geringere Zahlung aus ihren nachteiligen vertraglichen Bindungen zu entlassen. Daß ein Käufer versucht, aus einer ihm zugesicherten Lastenfreiheit Vorteile für sich herzuleiten, entspricht der Lebenserfahrung.

Der eingetretene Schaden liegt nicht außerhalb des **Schutzbereiches der Haftungsnorm** der positiven Vertragsverletzung beim Anwaltsvertrag. Die Pflicht des Rechtsanwaltes, seinen Mandanten zutreffend zu beraten, soll diesen gerade auch vor der Gefahr schützen, daß er wegen eines falschen Rats einen ihm ungünstigen Vertrag abschließt. Für notarielle Verträge gilt insoweit trotz der Belehrungspflicht des Notars nichts Besonderes.

3. Entgegen der Auffassung des Berufungsgericht hat das Verhalten des Notarvertreters Dr. S. nicht den Kausalzusammenhang zwischen dem unzutreffenden Rechtsrat des Beklagten und dem durch den Vertragsschluß eingetretenen Schaden „unterbrochen“.

Beruht ein Schaden haftungsrechtlich auf mehreren Ursachen, die von verschiedenen Personen gesetzt worden sind, so haften diese grundsätzlich als Gesamtschuldner (§§ 830, 840 BGB). Zivilrechtlich wird in diesen Fällen nicht danach unterschieden, ob einzelne Ursachen

wesentlicher sind als andere (BGH Urt.v. 13.5.1968 – III ZR 207/67, VersR 1968, 773, 774; Urt.v. 7.6.1968 – VI ZR 42/67, VersR 1968, 804, 805 unter II 2; Staudinger/Medicus, BGB 12. Aufl. § 249 Rdn. 51; MünchKomm/Grunsky, BGB 2. Aufl. Rdn. 50 vor § 249). Das gilt grundsätzlich auch, wenn eine Ursache für sich allein den Schaden nicht herbeigeführt hat, es dazu vielmehr des Hinzutretens weiterer Ursachen im Sinne einer kumulativen Gesamtkausalität bedurfte (RGZ 73, 289 f; BGH Urt.v. 19.5.1970 – VI ZR 8/69, VersR 1970, 814, 815; vgl. auch RGZ 69, 57, 58; BGH Urt.v. 28.6.1962 – VII ZR 8/61, WM 1962, 1196, 1197 f). Demgemäß ist der Schaden ebenfalls zu ersetzen, der – wie hier – letztlich erst durch das Eingreifen eines Dritten eintritt (Staudinger/Medicus aaO § 249 Rdn. 68; MünchKomm/Grunsky aaO Rdn. 52 und 57 vor § 249). Die Zurechenbarkeit fehlt in derartigen Fällen nur dann ausnahmsweise, wenn die Ursächlichkeit des ersten Umstands für das Eintreten des zweiten Ereignisses nach dem Schutzzweck der Norm gänzlich bedeutungslos war (BGHZ 106, 313, 316 f), **wenn also das schädigende erste Verhalten nur noch den äußeren Anlaß für ein völlig ungewöhnliches und sachwidriges Eingreifen eines Dritten bildet, das dann den Schaden erst endgültig herbeiführt** (BGHZ 58, 162, 165 f; Senatsurt.v. 14.3.1985 – IX ZR 26/84, GI 18/85 = NJW 1986, 1329, 1331). **Beim Eingreifen eines Dritten kommt es – anders als bei Maßnahmen des Geschädigten selbst – nicht darauf an, ob sich der Außenstehende durch das Verhalten des Erstschädigers zu seinem Willensentschluß herausgefordert fühlen durfte** (BGH Urt.v. 3.10.1978 – VI ZR 253/77, LM § 249 (Bb) BGB Nr. 26).

Das gilt, von den Fällen **subsidiärer Haftung** (§ 839 Abs. 1 Satz 2 BGB, § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO) **abgesehen**, auch im Verhältnis zwischen den verschiedenen Organen der Rechtspflege als möglichen Schädigern. Sie wirken im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche wechselseitig aufeinander ein. Insbesondere hat der Rechtsanwalt die Interessen seines Mandanten u. a. gegenüber dem Notar wahrzunehmen. **Auf die von Amts wegen bestehenden Prüfungs- und Belehrungspflichten des Notars nach §§ 17 f BeurkG, §§ 14 Abs. 1 Satz 1, 24 Abs. 1 Satz 1 BNotO darf sich der von seinem Mandanten hinzugezogene Rechtsanwalt nicht verlassen.** Umgekehrt hat der Notar die ihm obliegenden Prüfungs- und Belehrungspflichten zwar grundsätzlich auch gegenüber dem anwaltlich beratenen Beteiligten zu erfüllen, **solange nicht feststeht, daß dieser tatsächlich umfassend informiert ist** (BGH Urt.v. 3.11.1955 – III ZR 51/54, VersR 1956, 33, 34; v. 14.3.1963 – III ZR 178/61, VersR 1963, 671, 673 unter I 2 b; BGB-RGRK/Kreft, 12. Aufl. § 839 Rdn. 435; Huhn/von Schuckmann, BeurkG 2. Aufl. § 17 Rdn. 50). Gegenüber Rechtskundigen oder rechtskundig Beratenen kann er sich aber unter Umständen kürzer fassen (vgl. BGH Urt.v. 19.1.1982 – VI ZR

182/80, DNotZ 1982, 504 f; Arndt, BNotO 2. Aufl. Anh. zu §19: §17 BeurkG Anm. II 2.2; sogar für einen möglichen Wegfall der Belehrungspflicht gegenüber diesem Beteiligtenkreis spricht sich Haug DNotZ 1972, 453, 471). Erst recht kann die erweiterte Betreuungspflicht des Notars davon beeinflusst werden, daß ein Beteiligter anwaltlich vertreten ist, weil dann die Annahme einer gerade diesem Beteiligten drohenden Gefahr – als Voraussetzung für eine besondere Belehrungsbedürftigkeit – fern liegt. Jedenfalls kommt dem Notar eine die Mitverantwortung des Rechtsanwalts ausschließende erhöhte Gewährleistungspflicht nicht zu.

Das Berufungsgericht geht davon aus, daß dem Beklagten und dem Notarvertreter der gleiche Fehler unterlaufen sei.

Der Beklagte hat seine unrichtige Rechtsauskunft nicht berichtigt, ehe es zum Kaufvertrag vom 20.6.1984 oder zur Nachtragsvereinbarung vom 14.9.1984 kam. Diese Auskunft war objektiv geeignet, auch den Notarvertreter zu einer unzutreffenden Rechtsauffassung zu verleiten. Die durch den Beklagten verursachte fehlerhafte Willensbildung auf seiten der Klägerin als Vertragsteil wird nicht dadurch bedeutungslos, daß der Notar als „Kontrollorgan“ ebenfalls versehentlich versagt haben mag.

4. Hilfsweise erwägt das Berufungsgericht, die von der unzutreffenden Rechtsauskunft des Beklagten ausgehende Kausalität sei spätestens am 14.9.1984 „unterbrochen“ worden, als Notarvertreter Dr. S. die Nachtragsvereinbarung beurkundet habe. Hierzu führt es aus: Vergebliche Versuche zur Schadenbeseitigung beruhten dann nicht auf einer vorangegangenen schädigenden Handlung, wenn sie offensichtlich ungeeignet seien. Das treffe für den Vertrag vom 14.9.1984 zu. Daß darin die Fälligkeit des Kaufpreises von der Vorlage der Notarbestätigung des Beklagten abhängig gemacht worden sei, habe der Klägerin noch größere Schwierigkeiten bereitet. Über die ihr zusätzlich erwachsenden Gefahren habe der Notarvertreter nicht belehrt. Er habe seine Verantwortlichkeit auch nicht durch die Vereinbarung einer vom Beklagten zu erteilenden Notarbestätigung auf diesen abwälzen können, weil sie nicht zu erteilen gewesen sei. Das Fehlverhalten des Notarvertreters wiege besonders schwer, weil er zu dieser Zeit schon „Kenntnis von der Existenz des § 87a II. WoBauG“ erlangt habe.

Das ist aus den zu 3. genannten Gründen ebenfalls rechtsirrig. Die zusätzlich eingetretenen Umstände ändern daran nichts.

Anlageberatung des Steuerberaters

– Vermittlungsprovision

– Schadenersatz

(OLG Düsseldorf Urt.v. 3.5.1990 – 18 U 254/89)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Zahlung von Vermittlungsprovisionen an einen Steuerberater rechtfertigt allein nicht die Annahme eines Anlagevermittlungsvertrages.
2. Nach der Lebenserfahrung ist davon auszugehen, daß der Anleger die Anlageentscheidung nicht getroffen hätte, wenn die Provisionszahlung an den beratenden Steuerberater offenbart worden wäre.
3. Geht der Mandant von der Wertlosigkeit seiner Anlage aus, beantragt er die Verurteilung zur Zahlung Zug um Zug gegen Herausgabe der Beteiligung.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung führt zum Teil zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückweisung; zum Teil ist die Berufung zurückzuweisen, soweit sie sich dagegen wendet, daß die Klage gegen den Beklagten zu 1 abgewiesen worden ist.

1. Zu Recht hat das Landgericht die Klage gegen den Beklagten zu 1 abgewiesen, weil zwischen diesem und dem Kläger keine unmittelbaren vertraglichen Beziehungen begründet worden sind, aus denen sich eine Schadenersatzverpflichtung des Beklagten zu 1 ableiten ließe. **Der Beklagte zu 1, unstreitig Angestellter des Beklagten zu 2, ist lediglich als Erfüllungsgehilfe (§ 278 BGB) für den Beklagten zu 2 im Rahmen des seinerzeit noch bestehenden, seit 1978 auf unbestimmte Zeit eingegangenen allgemeinen zu Steuerberaterleistungen verpflichtenden Mandats tätig geworden.** Dieser Auftrag zur Wahrnehmung steuerlicher Interessen, der als Geschäftsbesorgung mit Dienstvertragscharakter gemäß §§ 675, 611 BGB anzusehen ist (vgl. BGHZ 54, 106 f.; BGH WM 71, 1206; 1981, 921), umfaßte auch die Tätigkeit des Beklagten zu 1, welche zu der Beteiligung an der C. führte und welche als Anlageberatung, nicht als Anlagevermittlung anzusehen ist.

1. Zwischen dem Kläger und dem Beklagten zu 1 ist kein besonderer **Anlagevermittlungsvertrag** zustandegekommen. Ein solcher Vertrag wäre ein Maklervertrag. Anlagevermittler ist derjenige, der im Interesse des Kapitalsuchenden (hier die C.) und auch mit Rücksicht auf die ihm von diesem versprochene Provision den Vertrieb der Anlage übernommen hat (vgl. Lutter in Festschrift für Bärmann 1975, S. 609 f; BGH NJW 82, 1095; WM 81, 1175; OLG Oldenburg WM 87, 169). Dagegen, daß der Beklagte zu 1 Anlagevermittler war, wie der Kläger auch nur pauschal behauptet, spricht allein schon, daß es die P-GmbH übernommen hatte, die Beteiligungen zu vermitteln. Dieser GmbH ist seitens der C. der Vermittlungsauftrag erteilt worden. Der Kläger behauptet in diesem Zusammenhang, beide Beklagte hätten für die Vermittlung der Beteiligung an der C. **Vermittlungsprovisionen** erhalten, ohne diese offenzulegen. **Selbst wenn dies zuträfe, würde es nicht die Annahme eines Vermittlungsvertrages zwischen dem Kläger und den Beklagten (oder einem von beiden) rechtfertigen.** Denn der Beklagte zu 1 ist als solcher nicht in Erscheinung getreten. Bei der Anlagevermittlung steht der werbende und anpreisende Charakter im Vordergrund (vgl. OLG Oldenburg GI 1988, 182 = WM 87, 169). Vorliegend ging es um **Anlageberatung**. Bei einer Anlageberatung wird die fachkundige Bewertung und Beurteilung, zugeschnitten auf die persönlichen Verhältnisse des Anlegers, erwartet (vgl. BGH WM 82, 90; WM 79, 530). Letzteres war im Verhältnis der Parteien zueinander der Fall, denn die der Zeichnung vorangehende Besprechung hatte die konkrete Einkommenssituation des Klägers sowie die zukünftig zu erwartende Einkommenssituation zum Gegenstand. Auf dieser Basis sollte eine Anlage empfohlen werden, wobei nicht die Wirtschaftlichkeit des Objekts im Vordergrund der Beratung stand, vielmehr die mit der Einkommenssituation des Klägers zusammenhängenden steuerlichen Fragen. Das ist aber nicht die typische von einem Anlagevermittler geschuldete Leistung, fällt vielmehr seinem ganzen Charakter nach in den Bereich der Leistungen, die ein Steuerberater im Rahmen des allgemeinen Mandats schuldet.
2. Es kann auch nicht angenommen werden, daß zwischen dem Kläger und dem Beklagten zu 1 oder zwischen dem Kläger und dem Beklagten zu 2, dieser vertreten durch den Beklagten zu 1, ein besonderer **Auskunfts- oder Beratungsvertrag** zustandegekommen wäre, welcher die konkrete Beratung hinsichtlich der C.-Beteiligung zum Gegenstand gehabt haben könnte. Das könnte dann der Fall sein, wenn der Kläger mit diesem konkreten Anlageobjekt und der Bitte um dessen Prüfung an den Beklagten zu 1 herantreten wäre (ständige Rechtsprechung

des Bundesgerichtshofs seit WM 82, 128). Das hat der Kläger so nicht vorgetragen, im Gegenteil: Schon mit der Klageschrift hat er selbst vorgetragen, der Beklagte zu 2 sei seit dem Jahre 1978 mit seiner steuerlichen Beratung beauftragt gewesen, angesichts der hohen Einkünfte habe ein nicht unerheblicher Schwerpunkt der steuerlichen Beratung in der Minderung des zu versteuernden Einkommens gelegen. **Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß über jede Einzelleistung im Rahmen eines solchen Mandats jeweils wieder ein neuer Einzelauftrag zustandekommt. Einzelleistungen werden aufgrund des Mandats geschuldet.**

3. Der Kläger macht unter Berufung auf den Schriftverkehr des Beklagten zu 1 mit dem Finanzamt, den Stempelaufdruck seiner Schreiben sowie mit der Behauptung, er habe selbständig berechnet, geltend, ein Auftragsverhältnis zur steuerlichen Beratung sei auch mit dem Beklagten zu 1 zustandegekommen. Mit der Korrespondenz mit dem Finanzamt hat schon das Landgericht sich auseinandergesetzt und ausgeführt, diese stamme aus späterer Zeit. Wenn der Beklagte zu 1 seinen **eigenen Stempelaufdruck auf Schriftstücken** verwendete, bedeutet dies keineswegs, daß er Vertragspartner mit dem Kläger sein wollte. Insoweit kann allenfalls von Bedeutung sein, daß er zur Erfüllung der Aufgaben, die der Beklagte zu 2 übernommen hatte, von der ihm auch vom Kläger erteilten Vollmacht Gebrauch machte, soweit es um die rechtsgeschäftliche Vertretung gegenüber Behörden, insbesondere dem Finanzamt, ging. Keineswegs ist ersichtlich, daß er damit dem Kläger gegenüber zum Ausdruck bringen wollte, daß er sein Vertragspartner zur Erbringung der geschuldeten Wahrnehmung steuerlicher Interessen sein sollte. Im übrigen ist es auch nicht zutreffend, daß er **selbständig liquidiert** hat. Auf die gerichtliche Verfügung vom 13. 2. 1990 hin hat der Kläger selbst vorgetragen, daß Rechnungen nie erteilt worden sind, die Beklagten sich vielmehr zur Bezahlung des Honorars eines bei dem Beklagten zu 2 geführten Kontos im Wege des Lastschriftverfahrens bedienten. **Im übrigen kann durch ein einseitiges „gerieren“ keine vertragliche Beziehung begründet werden, und es wäre im übrigen auch nicht mehr unterscheidbar, welche Steuerberaterleistung dem einen Vertrag (mit dem Beklagten zu 2) oder dem anderen Vertrag (mit dem Beklagten zu 1) zuzuordnen wäre.**
4. Demnach kommt auch eine „**Vertreterhaftung**“ des Beklagten zu 1 nach den von der Rechtsprechung hierzu entwickelten Grundsätzen (vgl. BGH NJW 1990 S. 506f) nicht in Betracht. Denn bei Erbringung der Beratung hatte der Beklagte zu 1 den Beklagten zu 2 nicht vertreten, keinen Vertrag abgeschlossen, vielmehr **nur eine Erfüllungshandlung**

erbracht. Vertreter ist man bei Abgabe einer rechtsgeschäftlichen Willenserklärung (§ 164 BGB). Sollte allerdings der Beklagte zu 1 eine Provision erhalten haben, hätte er sich standeswidrig verhalten und wäre zur Rückzahlung verpflichtet. Diese Rückzahlungsverpflichtung ist indessen nicht Gegenstand der Klage.

- II. Im übrigen war auf die Berufung des Klägers das angefochtene Urteil aufzuheben, soweit es die gegen den Beklagten zu 2 gerichtete Klage abgewiesen hat. Insoweit leidet das Verfahren des ersten Rechtszuges an einem wesentlichen Mangel (§ 539 ZPO), denn das Landgericht hat weder die Frage der Provisionszahlung noch der Kenntnis der Beklagten von den künftig auf den Kläger zukommenden Verlusten aufgeklärt.
1. Das Landgericht hat verfahrensfehlerhaft nicht aufgeklärt, welche Kenntnisse der Beklagte zu 1 von zukünftig auf den Kläger zukommenden Verlusten hatte, als die maßgeblichen zur Zeichnung der Beteiligung an der C. führenden Besprechungen geführt wurden. Der Kläger hat mit Schriftsatz vom 28.8.1989 zwei Übersichtsblätter des Finanzamts D. vorgelegt und sich zum Beweis dafür, daß die aus den dort aufgeführten Beteiligungen dem Kläger erwachsenden Verluste den Beklagten bekannt waren, sich auf Parteivernehmung berufen. Die Beklagten haben eingewendet, nur die Beteiligung F. habe seinerzeit festgestanden; diese Beteiligung sei bei der vorläufigen Einkommensberechnung für 1982 berücksichtigt worden. Zwar hat das Landgericht bezüglich der anderen Beteiligungen mit steuerlichen Auswirkungen zum Teil zu Recht darauf verwiesen, diese seien später (nach der C.-Zeichnung) gezeichnet worden (so C.-GmbH, B.-L.), es hätte aber die Behauptung des Klägers, andere Beteiligungen wie an der O., L. und Sch. seien bereits vor 1982 gezeichnet worden, nicht ohne Hinweis und ohne Gelegenheit zu ergänzendem Vortrag zu geben, als unsubstantiiert behandeln dürfen. Insoweit ist § 139 ZPO verletzt. Dann hätte der Kläger ergänzend, wie mit der Berufung geschehen, vorgetragen, daß etwa die Beteiligung am Unternehmen Sch. in Form der stillen Beteiligung bereits seit 1978 bestand. Auch andere Beteiligungen (B.-L. I und II, ebenso O. und L.) können von Einfluß auf die Frage sein, ob die steuerliche Beratung, die zur Zeichnung der C.-Beteiligung führte, richtig war.
2. Das Landgericht hat ausgeführt, das Vorliegen eines Beratungsfehlers sei nicht deshalb entbehrlich, weil den Beklagten für die Beteiligung des Klägers an der C. eine **Vermittlungsprovision** zugeflossen sei. Denn der Vorwurf des Klägers sei gänzlich unzulänglich. Es sei erforderlich gewesen, weitere Einzelheiten vorzutragen.

Dabei hat das Landgericht aber nicht dem Umstand Rechnung getragen, daß der Kläger keinerlei weitergehende Kenntnisse über Vorgänge haben kann, die ihm unbekannt sind, die sich möglicherweise zwischen den Beklagten und der Vermittlerin zugetragen haben. Das Landgericht hätte daher, auch nach seiner eigenen Rechtsauffassung, dem Beweisantritt durch Parteivernehmung folgen müssen. Die Grenzen der Beweiserhebungspflicht des Gerichts liegen da, wo eine Behauptung nebst Beweisantritt lediglich der Ausforschung des Gegners zum Zwecke der Ermittlung einer Grundlage für den eigenen Vortrag dient. Das wäre rechtsmißbräuchlich (BGHZ 93, 205). Ein solcher Rechtsmißbrauch kann aber in der durch Parteivernehmung unter Beweis gestellten Behauptung des Klägers schon deshalb nicht liegen, **weil der Kläger aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag zu dem Beklagten zu 2 Anspruch auf Auskunft und Rechenschaftslegung hat (§ 666 BGB)**. Im Falle der Geltendmachung des Herausgabeanspruchs könnte der Kläger zunächst auf **Auskunft** klagen. Mit dieser rechtlichen Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses wäre es nicht vereinbar, würde man den Beweisantritt des Klägers wegen Rechtsmißbrauchs zurückweisen, zumal vom Sachverhalt her es keineswegs abwegig ist, daß die Beklagten irgendetwas erlangt haben von der C. bzw. der Vertriebsgesellschaft, wenngleich sie sich mit Nachdruck auch in der Berufungserwiderung dagegen zur Wehr setzen.

- III. Das Landgericht wird daher sowohl zur Frage, ob und in welchem Umfang dem Beklagten zu 1 weitere Beteiligungen des Klägers an anderen Objekten bekannt waren, als auch zur Frage, ob die Beklagten eine Provision erhalten haben, die angetretenen Beweise erheben müssen. Zu Ersterem muß neben der Parteivernehmung auch dem Beweisantritt durch Vernehmung des Zeugen Sch. nachgegangen werden. Zu Fragen der Provision ist auch zu klären, ob der Beklagte zu 1 aus dem Agio in Höhe von 50.000 DM von P. für die Vermittlung der Zeichnung die Provision erhalten hat (Bl. 149 GA).
- I. Sollte sich beweisen lassen, daß der Beklagte zu 1 oder der Beklagte zu 2 (die entsprechende Pflichtverletzung des Beklagten zu 1 wäre dem Beklagten zu 2 zuzurechnen) eine Provision erhalten hat, dann begründet allein dieser Umstand eine Schadenersatzpflicht (vgl. BGH GI 1987, 117 WM 87, 960, 961). **Nach der Lebenserfahrung kann dann möglicherweise davon auszugehen sein, daß der Kläger die Anlageentscheidung nicht getroffen hätte, wenn ihm die Provisionszahlung offenbart worden wäre.** Dabei ist auch davon auszugehen, daß der Kläger der Empfehlung wesentlich kritischer gegenübergestanden, im Zweifelsfall sich anderweitig beraten lassen hätte.

2. Für den Fall, daß sich nachweisen läßt, daß der Beklagte zu 1 weitere Beteiligungen des Klägers, die zu Verlustzuweisungen führten, kannte und diese nicht bei den Berechnungen, die zur Zeichnung führten, berücksichtigt hat, ist zu überlegen, ob dann die Empfehlung gerade dieser Anlage noch sinnvoll war. Dabei kann ein schuldhafter Vorwurf aber nur insoweit gemacht werden, als andere Beteiligungen dem Beklagten zu 1 tatsächlich bekannt und daraus folgende Verluste voraussehbar waren. Der Auffassung des Klägers im Schriftsatz vom 9.3.1990, ein schuldhafter Verstoß gegen die den Beklagten obliegenden Sorgfaltspflichten bei der Steuerberatung liege auch darin, daß der Kläger nicht ausgiebig nach weiteren Beteiligungen gefragt worden sei, folgt der Senat nicht. Aufzuklären wird in diesem Falle ferner sein, ob die aus der Sicht Ende 1982 zu erzielenden steuerlichen Vorteile durch eine andere – insbesondere niedrigere – praktisch mögliche Anlage für den Kläger günstiger zu erreichen gewesen wären. Hierzu ist der angetretene Sachverständigenbeweis zu erheben.
3. Der Senat sieht davon ab, die entsprechenden Beweise selbst zu erheben, denn es wird voraussichtlich unumgänglich sein, im Falle eines den Klagevortrag bestätigenden Beweisergebnisses den objektiven Nachteil, den der Kläger erlitten haben will, durch eine umfassende Begutachtung aufzuklären. Es läßt sich ohne Hinzuziehung eines sachverständigen Wirtschaftsprüfers voraussichtlich nicht klären, ob alle wirtschaftlichen und steuerlichen Auswirkungen der Beteiligung durch die Neuberechnung der Schadenersatzforderung in der Berufungsbegründung sowie dem Feststellungsantrag richtig erfaßt sind. Der Kläger hat vorgetragen, seine Beteiligung habe keinen Verkehrswert mehr. Ein Erlös sei durch die Veräußerung der Anteile nicht zu erzielen. Er hat seinen **Antrag entsprechend umgestellt auf Verurteilung zur Zahlung Zug um Zug gegen Herausgabe der Beteiligung**. Das bedeutet, daß er auf jeden Fall die Beteiligung aufgeben will. Der Kläger geht bei seiner Schadenersatzberechnung davon aus, daß er sich von der Beteiligung trennt, obwohl er nach wie vor die Beteiligung noch innehat. Daher müßte die Steuerlast gemäß § 15 a EStG, die der Kläger nach dem Stand des Kapitalkontos per Ende 1985 ermittelt hat, neu ermittelt werden. Es kommt hinzu, daß sämtliche Steuerbescheide, die der Kläger bei Ermittlung seines Steuervorteils zugrundegelegt hat, noch unter dem Vorbehalt der Änderung stehen. Es ist naheliegend, daß die entsprechenden Steuerbescheide noch abgeändert werden, wenn der Kläger sich von der Beteiligung trennt. Die genaue Ermittlung der Steuervorteile, die dem Kläger durch die Beteiligung zugeflossen sind, erübrigt sich nicht im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundes-

gerichtshofs, wonach auf eine genaue Berechnung des Steuervorteils im Hinblick auf die Pflicht des Geschädigten zur Versteuerung der Schadenersatzsumme verzichtet werden kann (BGHZ 53, 132, 138; 74, 103, 116). Denn diese Rechtsprechung gilt nicht in jedem Fall. Auch der Bundesgerichtshof (BGH NJW 1984, 2425) räumt ein, daß billigerweise ein Steuervorteil auf die Entschädigungsleistung angerechnet werden muß, wenn „außergewöhnliche“ Steuervorteile erlangt worden sind. Berücksichtigt man, welche Steuervorteile der Kläger nach den bisherigen Berechnungen erlangt hat und sieht man das Verhältnis dieser Steuervorteile zu der Steuerschuld, die auf den Kläger zukommt, wenn er die Beteiligung veräußert und den Schadenersatz versteuern muß, so dürfte ein Mißverhältnis vorliegen, welches einem pauschalen Ausgleich von Steuervorteilen durch die Steuerpflicht entgegensteht.

Haftung des Steuerberaters

- Beratung über sozialversicherungsrechtliche Fragen
 - Unfallversicherungsschutz, Berufsgenossenschaft
- (OLG Köln Urt.v. 9.3.1989 – 5 U 111/88, VersR 1990, 393)

Leitsatz:

Ein Steuerberatervertrag verpflichtet den Steuerberater grundsätzlich nicht, den Mandanten auf die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Erlangung von Unfallversicherungsschutz bei einer Berufsgenossenschaft hinzuweisen.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Die Beratung in Steuersachen verpflichtet nicht zur Beratung in Fragen der Lebensvorsorge, in allgemeinen Vermögensangelegenheiten oder in sozialversicherungsrechtlichen Fragen.
2. Der Steuerberater hat seine Tätigkeit auf die im §1 StBerG genannten Rechtsgebiete zu beschränken.
3. Werden allgemein-rechtliche Fragen an ihn herangetragen, hat er den Mandanten an einen Rechtsanwalt zu verweisen.

Aus den Gründen:

Entgegen der Auffassung der Kläger war der Beklagte aus dem bestehenden Vertragsverhältnis heraus nicht verpflichtet, den Erblasser darauf hinzuweisen, er sei nicht pflichtversichert und könne nur auf gesonderten Antrag Mitglied der Berufsgenossenschaft werden. Maßgeblich für die Haftung des Steuerberaters aus dem Steuerberatervertrag sind die Aufgaben, zu deren Erfüllung er sich im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses verpflichtet hat. Im Streitfall ist jedoch nichts dafür ersichtlich, daß die Beratung bezüglich des Unfallversicherungsschutzes für den Erblasser zum Pflichtenkreis des Beklagten gehört hat.

Die Kläger haben Inhalt und Umfang des Steuerberatervertrags in eindeutiger Weise umschrieben. Danach war der Beklagte ständiger steuerlicher Berater des Erblassers und seit Gründung der GmbH gleichfalls **ständig beauftragt, die laufende Buchhaltung und Lohnbuchhaltung der GmbH zu führen**. Im Rahmen dieses laufenden Mandats übernahm es der Beklagte gleichfalls, die zu Beginn eines jeden Jahres im Vorjahr angefallenen Bruttolohnsummen zu ermitteln und entsprechende Lohnnachweise gegenüber der Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft zu führen.

Aus diesem von den Klägern dargestellten Umfang des Vertragsverhältnisses zwischen dem Beklagten und dem Erblasser bzw. der GmbH folgt die von den Klägern reklamierte Beratungspflicht des Beklagten nicht. **Der Inhalt der Tätigkeit und der Umfang der Pflichten eines Steuerberaters ergeben sich aus § 33 StBerG.** Danach hat der Steuerberater die Aufgabe, im Rahmen seines Auftrags den Auftraggeber in Steuersachen zu beraten, ihn zu vertreten und ihm bei der Bearbeitung seiner Steuerangelegenheiten und bei der Erfüllung seiner steuerlichen Pflichten Hilfe zu leisten.

Geschuldet wird die steuerliche Beratung des Mandanten, nicht aber die Beratung in Fragen der Lebensvorsorge, in sozialversicherungsrechtlichen Fragen oder in allgemeinen Vermögensangelegenheiten. Der Steuerberater ist im Rahmen des Steuerberatervertrags insbesondere nicht verpflichtet, den Mandanten ohne besondere Aufforderung hinsichtlich des Abschlusses einer privaten Versicherung oder einer Versicherung bei der Berufsgenossenschaft zu beraten (vgl. dazu Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. Rdnr. 311, 315; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 2. Aufl. Rdnr. 97 m.w. Nachw.). Soweit für den Steuerberater eine rechtsberatende und rechtsbesorgende Tätigkeit in Betracht kommt, hat er sich auf die in § 1 StBerG genannten Rechtsgebiete zu beschränken. Werden allgemein-rechtliche Fragen an ihn herange-

tragen, hat er den Mandanten an einen Rechtsanwalt oder gegebenenfalls Notar zu verweisen (BGH NJW 86, 1050 [1051]).

Unter Berücksichtigung der in §1 StBerG genannten Tätigkeitsbereiche des Steuerberaters und seiner in §33 StBerG umschriebenen Pflichten ergibt sich, daß er im Rahmen des Steuerberatervertrags, so wie die Kläger dessen Umfang beschrieben haben, nicht verpflichtet war, den Erblasser auf die rechtlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Erlangung von Unfallversicherungsschutz bei der Berufsgenossenschaft hinzuweisen. Daß der Erblasser die Frage nach Unfallversicherungsschutz bei der Berufsgenossenschaft an den Beklagten etwa mit der Bitte um Klärung herangetragen hatte, ist nicht bewiesen; vielmehr ergibt sich aus der Aussage des Beklagten als Zeuge im Sozialgerichtsverfahren, daß der Erblasser diese Frage in einem Gespräch mit der Berufsgenossenschaft (gemeint ist wohl der Zeuge B.) bereits abgeklärt und dem Beklagten dies mitgeteilt hatte. Unter diesen Umständen bestand für den Beklagten weder Notwendigkeit noch Veranlassung, selbst durch Hinweise tätig zu werden und den Erblasser etwa an einen Rechtsanwalt zu verweisen. Daß die Frage der Erlangung von Unfallversicherungsschutz für den Erblasser bei der Berufsgenossenschaft tatsächlich nicht geklärt war, der Erblasser diese Frage lediglich fälschlich für geklärt hielt, kann nicht zu Lasten des Beklagten gehen.

Haftung des Notars

- Baulastenverzeichnis
- Belehrungspflichten

(Schleswig-Holsteinisches OLG Urt.v. 11.1.1990 – 11 U 109/88)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Notar muß weder auf das Baulastenverzeichnis hinweisen noch über die Möglichkeit von Baulasten belehren.
2. Formuliert der Notar in einem Grundstückskaufvertrag, daß der Kaufgegenstand lastenfrei übertragen würde, so muß er nicht darauf hinweisen, daß die Lastenfreiheit sich auch auf das Fehlen von Baulasten beziehe.

Aus den Gründen:

Dem Kläger steht der geltend gemachte Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten nicht zu. Die Voraussetzungen des dafür allein in Frage kommenden § 19 BNotO liegen nicht vor. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird in erster Linie auf die zutreffenden Entscheidungsgründe des angefochtenen Urteils verwiesen. Die mit der Berufung dagegen erhobenen Bedenken greifen nicht durch. Ergänzend ist insoweit folgendes auszuführen:

Der beklagte Notar hat nicht dadurch gegen eine dem Kläger gegenüber obliegende Amtspflicht verstoßen, daß er es versäumt hat, auf das Baulastenverzeichnis ausdrücklich hinzuweisen. Eine solche besondere Hinweispflicht besteht für einen Notar nicht.

Die Baulast ist eine öffentliche Last, die auf einem Grundstück ruhen kann und wegen § 54 GBO nicht im Grundbuch eingetragen ist. Der Notar ist bei einer Baulast wie bei jeder anderen öffentlichen Last nicht verpflichtet, das Bestehen derartiger Lasten zu überprüfen. Der Notar hat insbesondere, wie der Senat schon einmal früher in seinem Urteil vom 26. 5. 1988 – 11 U 125/87 ausgeführt hat, keinen Anlaß, in das Baulastenverzeichnis einzusehen. Im Gegensatz zum Grundbuch genießt das Baulastenverzeichnis keinen öffentlichen Glauben. Das Unterlassen einer Eintragung ist für die Begründung der Last ebenso unschädlich wie eine unrichtige Eintragung. Im Schrifttum wird demgegenüber teilweise eine andere Auffassung vertreten (vgl. Huhn/von Schuckmann, 2. Aufl. 1987, Rn. 36 zu § 21 BeurkG). Diese geht davon aus, daß von dem Notar nichts Unzumutbares verlangt werde, wenn er in das Baulastenverzeichnis einsehen müsse. Dazu wird darauf hingewiesen, daß jeder, der ein berechtigtes Interesse darlege, in das Baulastenverzeichnis Einsicht nehmen oder sich Abschriften erteilen lassen könne. Der Notar brauche die Beteiligten nur gemäß § 21 Abs. 1 Satz 2 BeurkG darauf hinweisen, daß er das Baulastenverzeichnis nicht eingesehen habe, und entsprechend zu belehren.

Diese Auffassung wird durch das Gesetz nicht gedeckt. **Es ist nicht die Aufgabe des Notars, die bestehende Rechtsunsicherheit, die nicht eingetragene öffentliche Lasten für den Rechtsverkehr bedeuten, durch Belehrung der Beteiligten auszugleichen.** Nur ausnahmsweise kann der Notar aufgrund seiner Belehrungspflicht gehalten sein, den Beteiligten einen Hinweis zu geben, wenn diese hinsichtlich der öffentlichen Lasten mit einer Rechtslage rechnen, die nach den dem Notar bekannten Umständen wahrscheinlich nicht gegeben ist (vgl. Mecke, Rn. 7 zu § 21 BeurkG). Diese Voraussetzung lag hier aber nicht vor. Insbesondere kann der Kläger dem beklagten Notar nicht mit Erfolg vorhalten, daß dieser als Anwalt in einer

Anwaltssozietät mit dem Notar verbunden ist, der seinerzeit die Unterschriftsbeglaubigung für die Baulastverpflichtungserklärung des Verkäufers vorgenommen hat. Daraus läßt sich eine Kenntnis des Beklagten über die maßgeblichen Umstände schlechthin nicht herleiten.

Darüber hinaus **besteht eine allgemeine Belehrungspflicht über die Möglichkeit von Baulasten nicht.**

Der Senat hält an seiner Auffassung fest, daß der Notar bei der Beurkundung eines Grundstückskaufvertrages grundsätzlich nur **gehalten ist, auf die Möglichkeit von Belastungen und Nutzungsbeschränkungen allgemein hinzuweisen, die nicht aus dem mit öffentlichem Glauben ausgestatteten Grundbuch ersichtlich sind.** Dieser Belehrungspflicht kann der Notar aber schon in der Weise nachkommen, daß in dem Kaufvertrag entsprechende Hinweise aufgenommen werden, etwa: frei von Belastungen usw. Ein solcher Hinweis, bzw. eine solche hinweisende Vertragsausgestaltung gibt dem Käufer die Möglichkeit, sich beim Verkäufer gegen das Bestehen von Grundstückslasten, gleich welcher Art, abzusichern.

Diesem Erfordernis ist hier dadurch genügt, daß es in § 2 heißt:

„Dagegen wird der Kaufgegenstand lastenfrei und frei von Ansprüchen Dritter übertragen, soweit nicht Lasten oder Verpflichtungen in diesem Verträge übernommen werden.“

Wenn sich später dann herausstellt, daß eine Baulast bei Vertragsschluß eingetragen war, so kann sich der Käufer nur an den Verkäufer halten. In ihn als seinen Vertragspartner hat der Käufer sein Vertrauen gesetzt. Wird dieses enttäuscht, so kann der Käufer den ihm entstandenen Schaden nur vom Verkäufer und nicht vom Notar ersetzt verlangen.

So ist es auch hier. An der arglistigen Täuschung des Verkäufers besteht, wie bereits das Landgericht in dem Rechtsstreit zwischen dem Kläger und dem Verkäufer festgestellt hat (4 O 455/85 LG Flensburg), kein Zweifel. Dem Verkäufer konnte nicht abgenommen werden, daß ihm beim Verkauf des Grundstücks an den Kläger die Baulast nicht gegenwärtig war. Er hätte den Kläger auf jeden Fall darauf hinweisen müssen. **Eines besonderen Hinweises durch den Notar, daß lastenfrei auch frei von Baulasten bedeute, ist bei dieser Sachlage nicht zu verlangen.** Das war auch für den Verkäufer mit Händen zu greifen.

GI Hinweis

Joachim Lutz hat in der Reihe ASB Wirtschaftspraxis Band II einen Überblick zu Gestaltungsfragen betrieblicher Versorgungssysteme gegeben (Joachim Lutz, Die richtige betriebliche Altersversorgung: Die Gestaltung ausgewogener, zeitgemäßer, risikoarmer und flexibler Versorgungswerke, 106 Seiten, expert-Verlag 1989).

Die betriebliche Altersversorgung stellt für Unternehmen ein wichtiges Gestaltungselement in personalpolitischer und steuerrechtlicher Hinsicht dar. Lutz erläutert die vielfältigen Gestaltungsformen der betrieblichen Altersversorgung und dabei bestehender unternehmerischer Freiräume und Steuerungsmöglichkeiten. Er macht Vorschläge für betriebliche Altersversorgungen, die auch für Klein- und Mittelbetriebe geeignet sind. Der Berater erhält eine Vielzahl von guten Gestaltungshinweisen.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–9, 1990)

Abtretung		– und Steuerberatung	90, 122
– Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112	– Verjährung v. Schadenersatzansprüchen	
Agenturgeschäft	90, 36	= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146
Akontozahlungen		= Wirtschaftsberatungsfirma	90, 112
– Doppelerfassung	90, 143	Anlagevermittlungsvertrag	
Allgemeine Geschäftsbedingungen		– bei Zahlung einer Vermittlungsprovision?	90, 191
– Verkürzung	90, 179	Annahmeverzug	
Allgemeine Versicherungsbedingungen		– d. Mandanten	
– AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42	= Vergütungsanspruch d. StB	90, 134
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42	Arbeitsüberlastung	
Anderkonto		– d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122
– Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94	Auskunftsvertrag	
– des Notars	90, 51	– stillschweigender Abschluß	
– Verfügung über Gelder	90, 51	= Verdienstbescheinigung	90, 40
Anerkennung, § 208 BGB	90, 163	Bauherrenmodell	
Anlageberatung		– Verjährung d. Schadenersatzanspruchs	90, 146
– d. Mitarbeiter d. StB	90, 126	Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA	
– Prüfungspflichten	90, 127	– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	
– Risiken		= Aufklärung d. FA	90, 53
= projizierte Steuervorteile	90, 127	– Beweislast	90, 156
		– ungefragte –	90, 160

- Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73	- Telefax/Telebrief	
- Ende d. -		= Fristenkontrollbuch	90, 32
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62	= Prozeßvollmacht	90, 32
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62	Garantievertrag	
- Entnahme	90, 73	- Steuerberatungsvertrag	90, 126
- sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198	Herausgabeanspruch d. StB	
- Fristeinhaltung	90, 156	- von Provisionen	90, 119
- vor Prozeßaufnahme	90, 156	= Mehrwertsteuer	90, 122
- Schutzzweck	90, 82	Honoraranspruch d. StB	
- Unfallversicherungsschutz	90, 198	- Annahmeverzug d. Mandanten	90, 134
Beschlagnahmeverbot § 97 StPO		- Arglisteinwand	90, 83
- Anderkonto	90, 94	- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113
- Kontounterlagen	90, 94	= nachträgliche Einzelangaben	90, 113
Beweislast		= Gegenstandswert	90, 114
- f. Fehlberatung	90, 33	= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113
- Mandantenunterlagen an Stb	90, 138	= Lohnabrechnung	90, 117
- Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37	= Zeitgebühr	90, 113
- Schaden		- Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104
= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33	- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
Berufsverbot	90, 32	= Bilanzberechtigung	90, 101
Bilanzerstellung		= Mittelgebühr	90, 101, 115, 172
- Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143	- für nicht erbrachte Leistung	90, 72
Buchführung		- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	90, 115
- verspätete Erstellung	90, 106	- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	90, 115
Buchführungsauftrag		- Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72
- Datenerfassung	90, 167	- Verjährung des -	90, 115
= Belehrungspflicht		Honoraranspruch d. Wp	
- Ordnungsmäßigkeit d. Buchführung		- d. Mehrfachberufers	90, 72
= Doppelerfassung, Akontozahlungen	90, 143	- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72
= Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143	Kausalität	
Dritthaftung		- Beteiligung an Unternehmen	90, 122
- stillschweigender Auskunftsvertrag		- Fehler d. RA./- d. Notar	90, 185
= Verdienstbescheinigung	90, 40	- wirtschaftl. Vorteile	
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19	bei steuerlichen Nachteilen	90, 73
= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3	- Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82
= Bewertungsgutachten	90, 3	Kenntnis des Steuerrechts	
= Bonitätsprüfung	90, 3	- intern. Rechtsregeln	90, 2
= Darlegung f. Schaden	90, 3	Konkursverwalter, Haftung d. -	
= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19	- Liquidationsverschleppung	90, 72
Duldungsvollmacht		Mandantenschutzklausel	
- d. Stb	90, 126	- angestellter StB	90, 169
Einnahme-/Überschuß-Rechnung		Mehrfachberufers	
- Mitverschulden d. Mandanten	90, 135	- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72
- Prüfung des Geldzuflusses	90, 135	- Verjährungsvorschrift	90, 147
Feststellungsklage		Mitarbeiter d. Stb	
- und Leistungsklage	90, 179	- Zurechnung beim Stb	90, 126
Fristenkontrolle		Mitverschulden	
- Fristenkontrollbuch		- bei Buchführungsauftrag	90, 135
= Postausgangsbuch	90, 134	- Prüfung der Bilanz	90, 57
= Telefax	90, 32	- Prüfung der Einnahme-/Überschuß-Rechnung	90, 135
= Wiedervorlagefristen	90, 134	- Prüfung d. Steuererklärung	90, 57
- Fristversäumnis, unverschuldete -		Nachbesserung	
= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112	- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	90, 106
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32	- Verjährung d. Kostenanspruchs	90, 106
- Rückfrage bei Mandanten	90, 2	- nach Wechsel d. Stb	90, 143
		Nichtzulassungsbeschwerde	
		- Begründung d. -	90, 50

Notar		
– Anderkonto	90, 51	
= Rechtsweg f. Schadenersatzanspruch	90, 51	
– Belehrungspflichten		
= Baulastenverzeichnis	90, 200	
Personalanzeige		
– berufswidrige Werbung	90, 178	
Pferdepensionsbetrieb	90, 39	
Prospekthaftung		
– ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13	
– d. Treuhänders	90, 13	
– Vertrauensschaden	90, 14	
Provisionsgeschäfte		
– Gebühr f. Anlageberatung	90, 15	
– Herausgabepflicht	90, 15, 119	
– Rückabwicklung d. Anlage	90, 192	
– Verjährung d. Herausgabeanpruchs	90, 119, 192	
– Zahlung an Strohmännchen	90, 15, 119	
Prüfungspflicht		
– ungefragte –	90, 160	
Rechtsanwalt		
– Belehrungspflicht		
= Prozeßkostenhilfe	90, 72	
– Treueverhältnis gem. § 266 StGB	90, 87	
– Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung		
= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32, 50	
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50	
Rechtsberatung		
– d. StB		
= sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198	
– d. Wp	90, 18	
= Ausarbeitung eines Gesellschafts-		
vertrages	90, 18	
Schaden		
– bei Entnahme	90, 73	
– unvermeidbare Steuerzahlung	90, 53	
– vermeidbare Steuerbelastung	90, 135	
Schätzung (§ 162 AO)		
– Schaden		
= Darlegungs- und Beweislast zum –	90, 129	
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		
– Testat ohne Prüfung	90, 95	
Sozialrecht		
– Beratung d. StB	90, 198	
Sozietät		
– Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel	90, 73	
– neuer Sozius	90, 73	
– überörtliche –	90, 178	
– Vertrag mit Sozietät o. Sozien	90, 73	
Standesrecht		
– Personalanzeige	90, 178	
Steuerberaterhaftung		
– Abweichungen zwischen Bankkonto und		
Abrechnungsunterlagen	90, 135	
– Prüfungspflicht des Mandanten,		
Mitverschulden	90, 135	
– Prüfungspflichten bei der Erstellung		
der Einnahme-Überschuß-Rechnung	90, 135	
Steuerberatungsgesetz		
– § 57		
= Wirtschaftsberatung	90, 94	
= Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	
– § 67		
= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	
Steuerberatungsvertrag		
– Annahmeverzug d. Mandanten		
= Vergütungsanspruch d. StB	90, 134	
– Garantievertrag	90, 125	
– Kündigung, § 627 BGB	90, 134	
– Kündigung aus wichtigem Grund,		
§ 626 Abs. 1 BGB		
= Beweislast	90, 134	
– Mängelbeseitigung	90, 106, 141	
– Mitarbeiterverschulden	90, 126	
– Pflicht zur Wirtschaftsberatung	90, 122	
Steuergestaltungsberatung		
– Agenturgeschäft	90, 36	
– Umwandlung	90, 33	
– Veräußerungsgewinn	90, 33	
= Gesellschaftsanteil u. Betriebs-		
grundstück	90, 47	
Steuerhinterziehung		
– Berufspflichtverletzung	90, 2	
– unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2	
– Steuererklärung des StB	90, 2	
Telefax/Telebrief		
– Fristenkontrollbuch	90, 32	
– Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32	
Treuhänder		
– Mehrwertsteueroption	90, 8	
– Prospektangaben, zugesicherte		
Eigenschaften	90, 8	
– Prüfung bautechnischer Fragen	90, 179	
– Prüfung planerischer Fragen	90, 179	
– Prüfung von Nutzungsbeschränkungen	90, 179	
– Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14	
– Überwachung Dritter	90, 28	
= Gestaltung d. Zwischen- und Endmiet-		
verhältnisses	90, 28	
– Verjährung von Regreßansprüchen	90, 179	
= Belehrung über Fehler und		
Verjährungsfrist	90, 179	
= Verkürzung der Verjährungsfrist	90, 179	
Verdeckte Gewinnausschüttung		
– Verpachtung der Einzelpraxis	90, 178	
Unternehmensbeteiligung		
– Geschäftswertermittlung d. StB	90, 3	
= Bonitätsprüfung d. StB	90, 3	
– Haftung f. Altverbindlichkeiten,		
§ 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19	
Unterschrift		
– Klagschrift	90, 94	
Untreue, § 266 StGB		
– Auskehr v. Mandantengeldern	90, 87	

- d. Rechtsanwaltes	90, 87	BGH v. 24. 8. 1989 – I StR 329/89	90, 94
- Strafzumessung	90, 94	= wistra 1990, 98	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		BGH v. 28. 9. 1989 – VII ZB 9/89	90, 32
- Belehrungspflicht über eigene Fehler und Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch		= VersR 1989, 1316	
= Ende der Belehrungspflicht		BGH v. 17. 10. 1989 – XI ZR 158/88	90, 73
- Auflösung d. Stb.-Vertrages	90, 62, 112	= WM 1990, 188	
- Rückgabe der Zulassung	90, 112	BGH v. 8. 11. 1989 – IVa ZR 163/88	90, 157
= schuldhafte Verletzung d. –	90, 62	BGH v. 7. 12. 1989 – I ZR 3/88	90, 94
- Verjährungsbeginn		= Steuertelex 173/90	
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146	BGH v. 14. 12. 1989 – IX ZR 119/88	90, 51
= Bestandskraft d. Steuerbescheides	90, 62	BGH v. 12. 1. 1990 – IX ZR 245/88	90, 72
= Folgeschäden	90, 62, 164	BGH v. 30. 1. 1990 – XI ZR 63/89	90, 82
= Fristversäumnis, § 13 a Abs. 2 EStG, § 24 Abs. 4 UStG	90, 163	= VersR 1990, 534	
= Gerichts- u. Anwaltskosten	90, 167	= WM 1990, 808	
= Mehrfachberufler	90, 147	BGH v. 1. 2. 1990 – IX ZR 82/90	90, 112
= Nachbesserungskosten	90, 106	= NJW-RR 1990, 450	
Verjährung, § 51 BRAO		BGH v. 10. 5. 1990 – IX ZR 113/89	90, 185
- Sekundäranspruch		BGH v. 5. 7. 1990 – VII ZR 26/89	90, 179
= Anlaß zur Belehrung	90, 141	BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9. 10. 1989	90, 94
= Frist	90, 141	- 2 BvR 1558/89	
= Mandatsende	90, 141	= wistra 1990, 97	
- Verjährungsbeginn			
= Schadenentstehung, Schmerzensgeldanspruch	90, 141	Bayr. OLG v. 26. 10. 1987 – 4 St 164/87	90, 2
Verrechnungskonto		= StB 1989, 159	
- Differenzen	90, 143	OLG Celle v. 20. 9. 1989 – 3 U 240/88	90, 3
Versicherungsschutz		OLG Düsseldorf v. 6. 10. 1988 – 8 U 188/87	90, 50
- Ansprüche gegen Versicherer		= VersR 1989, 850	
= versicherte Gefahr, § 158 c Abs. 3 VVG	90, 156	OLG Düsseldorf v. 15. 12. 1988 – 8 U 41/87	90, 156
- Beirat u. Aufsichtsräte	90, 157	= VersR 1989, 286	
- Bindung des Haftpflichturteils	90, 42	OLG Düsseldorf v. 22. 12. 1988 – 8 U 15/88	90, 156
- Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte (§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42	= VersR 1989, 287	
= Vermittlung u. Finanzierung v. ETW	90, 156	OLG Düsseldorf v. 13. 7. 1989 – 8 U 223/88	90, 32
- wissentliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)		= VersR 1989, 1262	
= Nichtaufdeckung einer Interessenverflechtung	90, 42	OLG Düsseldorf v. 27. 7. 1989 – 12 U 226/88	90, 8
= Fristversäumnisse	90, 59	OLG Düsseldorf v. 5. 4. 1990 – 18 U 244/89, rkr.	90, 135
- Unternehmerrisiko	90, 157	OLG Düsseldorf v. 26. 4. 1990 – 18 U 16/90	90, 113
- Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	OLG Düsseldorf v. 3. 5. 1990 – 18 U 216/89	90, 172
- Zinsen und Kosten	90, 157	OLG Düsseldorf v. 3. 5. 1990 – 18 U 243/89, rkr.	90, 115
Vorsatz		OLG Düsseldorf v. 3. 5. 1990 – 18 U 254/89	90, 192
- Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95	OLG Düsseldorf v. 10. 5. 1990 – 18 U 205/89, rkr.	90, 138
Vorteilsausgleich		OLG Düsseldorf v. 17. 5. 1990 – 18 U 4/90	90, 160
- Steuervorteil	90, 37, 38	OLG Düsseldorf v. 28. 5. 1990 – 18 U 206/89	90, 163
Werbeverbot		OLG Frankfurt v. 20. 9. 1988 – 11 U 15/88	90, 95
- Personalanzeige für Mandanten	90, 178	OLG Frankfurt v. 4. 4. 1989 – 14 U 231/87	90, 33
Wirtschaftsberatung		OLG Hamm v. 15. 6. 1988 – 25 U 155/87	90, 57
- Berufsbild d. Steuerberaters	90, 94	OLG Hamm v. 22. 6. 1988 – 25 U 198/87	90, 167
- bei Steuerberatung	90, 122	OLG Hamm v. 14. 6. 1989 – 25 U 22/88	90, 101
		= StB 1990, 162	
BGH v. 25. 1. 1989 – VII ZB 32/88	90, 2	OLG Hamm v. 23. 6. 1989 – 25 U 148/88	90, 72
= VersR 1989, 1167		OLG Hamm v. 26. 6. 1989 – 25 W 14/89	90, 106
BGH v. 26. 1. 1989	90, 32		
= wistra 1989, 181			
BGH v. 13. 7. 1989 – VII ZR 223/88	90, 50		
BGH v. 11. 7. 1989 – II ZB 5/88	90, 32		

OLG Hamm v. 5.7.1989 – 25 U 233/88	90, 53	LG Stuttgart v. 28.2.1989 – 17 O 602/88	90, 28
OLG Hamm v. 30.9.1989 – 25 U 251/87	90, 36	LG Stuttgart v. 12.12.1989 – 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
OLG Hamm v. 11.11.1989 – 25 U 25/88	90, 15	LG Würzburg v. 20.10.1989 – QS 323/89	90, 94
OLG Karlsruhe v. 24.5.1989 – 6 U 51/88		= wistra 1990, 118	
= StB 1990, 158	90, 18	LG Wuppertal v. 6.12.1988 – 5 O 168/88	90, 47
OLG Karlsruhe v. 30.8.1989 – 1 Ws 60/89	90, 87		
= NSZ 1990, 82		BAG v. 27.9.1988 – 3 AZR 59/87	90, 169
OLG Koblenz v. 28.2.1989 – 12 W 96/89	90, 59		
= VersR 1990, 41		BFH v. 12.5.1987 – VII B 63/87	90, 50
OLG Koblenz v. 9.6.1989 – 2 U 1907/87	90, 2	= BFH NV 1988, 38	
= NJW 1989, 2699		BFH v. 19.1.1989 – IV R 21/87	90, 32
OLG Koblenz v. 20.11.1989 – 1 W 489/89	90, 72	= NJW 1989, 2646	
= vgl. auch OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47		BFH v. 2.6.1989 – X R 5/85	90, 112
= AnwBl. 1984, 444		= BFH NV 1990/117	
OLG Koblenz v. 16.3.1989 –		BFH v. 24.7.1989 – III R 83/88	90, 134
5 U 1334/88, nrkr.	90, 119	= BFH NV 1990, 248	
OLG Köln v. 9.3.1985 – 5 U 111/88	90, 198	BFH v. 28.2.1990 – I R 144/87	90, 178
OLG Köln v. 4.10.1989 – 2 U 13/89 rkr.	90, 72	= DStR 1990, 42	
= DStR 1990, 45			
OLG Köln v. 2.11.1989 – 7 U 95/89	90, 141	EG Berlin v. 17.8.1988 – I EG 10/88	90, 2
OLG Köln v. 7.3.1990 – 11 U 208/89	90, 106	= RBeistand 1989, 55	
OLG München v. 12.4.1990 – 6 U 5905/89	90, 178		
(n. rkr.)		FG Hamburg v. 20.7.1989 – I 162/88	90, 94
= BB 1990, 875		= EFG 1990, 119	
= DB 1990, 984		FG Saarland v. 24.5.1989 – 2 K 214/86	90, 30
= EWIR § 28 BRAO 1/90, 573 (Kleine-Cosack)		= DStR 1989, 719	
OLG Saarbrücken v. 6.6.1989 – 7 U 95/89	90, 134	Schreiben d. Bundesministers d. Finanzen	
= StB 1990, 162		v. 3.4.1990 – IV A 5/S 0062/5-90	90, 112
OLG Schleswig-Holstein v. 11.1.1990	90, 200		
– 11 U 109/88			
OLG Stuttgart v. 31.3.1989 – 9 U 234/88	90, 112		
= NJW-RR 1990, 473			
OVG Hamburg v. 25.7.1989			
– OVG Bf VI 64/86	90, 30		
= DStR 1989, 683			
LG Duisburg v. 9.11.1989 – 9 O 97/88	90, 112		
LG Köln v. 22.6.1988 – 20 O 5417/87	90, 126		
LG Köln v. 15.2.1989 – 171 StL 3/89	90, 30		
= StB 1989, 335			
LG Köln v. 15.2.1989 – 171 StL 1/89	90, 30		
= StB 1989, 336			
LG Köln v. 22.6.1989 – 2 O 42/88	90, 131		
LG Köln v. 19.10.1989 – 2 O 71/89	90, 69		
LG Köln v. 30.1.1990 – 25 U 164/88	90, 143		
LG Mannheim v. 25.10.1989 – 9 O 117/89, rkr.	90, 146		
LG München v. 3.10.1988 – 26 O 12175/88	90, 156		
= StB 1990, 24			
LG Münster v. 11.9.1989 – 3 a StL 10/89	90, 134		
= StB 1990, 163			
LG Münster v. 15.11.1989 – 7 a StL 11/89	90, 178		
= StB 1990, 238			
LG Oldenburg v. 27.8.1984 – 13 O 864/84	90, 38		
LG Paderborn v. 19.10.1989 – 3 O 394/89	90, 40		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.